



Allgemeine Geschäftsbedingungen

von Jonas Pasche, Albert-Schweitzer-Str. 2 d, 55128 Mainz, im Folgenden „Anbieter“

Stand: 19.04.2005

§ 1 Geltungsbereich der AGB

- (1) Der Anbieter erbringt alle Leistungen gegenüber dem Kunden ausschließlich auf der Grundlage dieser AGB. Der Einbeziehung abweichender AGB des Kunden wird hiermit widersprochen. Abweichungen von diesen AGB bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Anbieters.
- (2) Die AGB sind auch online auf der Website des Anbieters unter <http://jonaspasche.com/agb.pdf> jederzeit abrufbar.
- (3) Künftige Änderungen der AGB werden jeweils automatisch Vertragsbestandteil, wenn sie dem Kunden mitgeteilt wurden und dieser nicht innerhalb einer Frist von zwei Wochen widersprochen hat. Im Falle eines Widerspruchs behalten die bis dahin dem Vertrag zugrundeliegenden AGB ihre Geltung.

§ 2 Hauptleistungen des Anbieters

- (1) Der Anbieter gewährleistet die Erreichbarkeit seiner Webserver von 99 % im Jahresmittel. Es kann zusätzlich bis zu 1 % der Betriebszeit für Wartungsarbeiten aufgewendet werden. Hiervon ausgenommen sind Zeiten, in denen der Webserver aufgrund von technischen oder sonstigen Problemen, die nicht im Einflussbereich des Anbieters liegen (z.B. höhere Gewalt, Verschulden Dritter etc.), über das Internet nicht zu erreichen ist.
- (2) Eine Anbindung an das Internet über bestimmte Peerings oder Bandbreiten kann nicht garantiert werden. Der Anbieter verpflichtet sich jedoch, dafür Sorge zu tragen, dass Anzahl und Dimension der Peerings und Bandbreiten für einen ordnungsgemäßen Betrieb des Servers grundsätzlich ausreichend ist.
- (3) Der Server wird mit einer IP-Adresse am Internet angebunden. Weitere IP-Adressen können nur bei Nachweis des Bedarfs nach RIPE-Richtlinien vergeben werden. Dazu zählt insbesondere die Einrichtung von SSL-Zertifikaten, die jeweils eine eigene IP-Adresse benötigen.
- (4) Sollte die Bereitstellung des Servers nicht innerhalb von sechs Wochen nach Vertragsabschluss erfolgen, wird dem Kunden bis zur endgültigen Bereitstellung ein außerordentliches Rücktrittsrecht eingeräumt.

§ 3 Nebenleistungen des Anbieters

- (1) Die Lizenz für Plesk Reloaded bzw. einer anderen die Administrationsoberfläche gestaltenden Software wird dem Kunden zusammen mit dem Server zur Miete zur Verfügung gestellt, verbleibt aber beim Anbieter. Die Lizenz kann bei Kündigung oder sonstiger Vertragsbeendigung nicht vom Kunden übernommen werden. Mit Ausnahme von Plesk Reloaded bzw. einer anderen die Administrationsoberfläche gestaltenden Software wird der Server ausschließlich mit freier Software ausgestattet ausgeliefert, für deren Nutzung keine Lizenz benötigt wird.
- (2) Bei der im Vertrag enthaltenen Datentransferleistung (Traffic) wird nur der Datentransfer gezahlt, der zwischen dem Server und dem Internet stattfindet. Interner Traffic (Verbindungen zu anderen Servern, die beim Anbieter angebunden sind, insbesondere Verbindungen zu Backup-Servern) ist kostenfrei.
- (3) Hat der Kunde mehrere Verträge über dedizierte Server mit dem Anbieter geschlossen, wird die Gesamtsumme des verbrauchten Traffics aller Server mit der Gesamtsumme des Inklusivvolumens aller Server verrechnet. Nicht genutztes Inklusivvolumen kann nicht in den Folgemonat übertragen werden. Gleiches gilt für den im Rahmen des Basis Supports im Vertrag enthaltenen zeitlich begrenzten technischen Support entsprechend.

- (4) Der Anbieter verpflichtet sich, neu erschienene Updates innerhalb von 5 Werktagen auf dem Server des Kunden zu installieren, sofern keine Absprache mit dem Kunden dagegen spricht. Dieser Service schließt nur Original-Pakete des Distributors mit ein. Software, die nicht Bestandteil der installierten Linux-Distribution ist, wird nur nach Auftrag des Kunden kostenpflichtig aktualisiert.
- (5) Die Datensicherung wird regelmäßig alle 24 Stunden nachts durchgeführt. Da die Dauer des Datensicherungsvorgangs von der zu sichernden Datenmenge abhängt, können Teile der Datensicherung auch älter als 24 Stunden sein. Der Anbieter stellt durch Überwachung der Datensicherung sicher, dass der auf dem Backup-System gesicherte Datenbestand maximal 48 Stunden alt ist.
- (6) Auf das im Zuge der Datensicherung erstellte Backup hat der Kunde keinen unmittelbaren Zugriff. Im Falle eines Hardwaredefektes oder einer versehentlichen Datenlöschung durch den Kunden kann diese Datensicherung dazu genutzt werden, um den zuletzt gesicherten Datenbestand oder Teile davon wiederherzustellen.

§ 4 Pflichten und Obliegenheiten des Kunden

- (1) Der Kunde hat dem Anbieter unverzüglich jede Änderung seines persönlichen Namens, seines Firmennamens, seiner Anschrift, seiner E-Mail-Adresse, jede Änderung in seiner Person (z.B. durch Erbfall oder Gesamtrechtsnachfolge) und seiner Rechtsform mitzuteilen. Bei nicht erfolgter Mitteilung ist der Anbieter nach erfolgloser Abmahnung berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.
- (2) Der Kunde ist für den Inhalt seiner Internet-Seiten selbst verantwortlich. Er ist zur sachgerechten Nutzung der vom Anbieter erbrachten Leistungen verpflichtet. Darunter fällt auch die Einhaltung der jeweils geltenden telekommunikationsrechtlichen Vorschriften und die Beachtung der im Internet bzw. der in den jeweiligen Diensten des Internet bestehenden Verhaltensregeln. Der Kunde verpflichtet sich insbesondere,
 - a) die vom Anbieter zur Verfügung gestellten Leistungen nicht dazu zu nutzen, gegen geltendes Recht der Bundesrepublik Deutschland oder international anerkannten Regeln des Völkerrechts (z.B. Volksverhetzung, Diskriminierung aufgrund Hautfarbe, Rasse, Geschlecht, Religion, Herkunft oder Weltanschauung) zu verstoßen bzw. zu einem solchen Verstoß aufzufordern.
 - b) keine pornographischen Inhalte und keine auf Gewinnerzielung gerichteten Leistungen anzubieten oder anbieten zu lassen, die pornographische und/oder erotische Inhalte (z.B. Nacktbilder, Peepshows etc.) zum Gegenstand haben. Der Kunde darf seine Internetpräsenz nicht in Suchmaschinen eintragen, soweit durch die Verwendung von Schlüsselwörtern bei der Eintragung gegen gesetzliche Verbote, die guten Sitten oder gegen Rechte Dritter verstoßen wird. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung gegen vorstehende Verpflichtung verspricht der Kunde unter Ausschluss der Annahme eines Fortsetzungszusammenhangs die Zahlung einer Vertragsstrafe i.H.v. € 5.001.
 - c) ohne ausdrückliches Einverständnis des jeweiligen Empfängers keine E-Mails, die Werbung enthalten, zu versenden. Das gilt insbesondere dann, wenn die betreffenden E-Mails mit jeweils gleichem Inhalt massenhaft verbreitet werden (sog. "Spamming"). Der Betrieb von Mailinglisten mit öffentlicher Anmelde-möglichkeit ist nur gestattet, wenn die Aufnahme von E-Mail-Adressen auf die Mailingliste nur mit Rückfrage möglich ist ("double opt-in").
 - d) auf seine Internet-Seite eingestellte Inhalte als eigene Inhalte unter Angabe seines vollständigen Namens und seiner Anschrift zu kennzeichnen. Der Kunde wird darauf hingewiesen, dass eine darüber hinausgehende gesetzliche Kennzeichnungspflicht z.B. bestehen kann, sofern auf den Internet-Seiten Teledienste oder Mediendienste angeboten werden. Der Kunde stellt den Anbieter von allen Ansprüchen Dritter frei, die auf einer Verletzung der vorgenannten Pflichten beruhen.
 - e) Patente-, Marken-, Urheber-, Lizenz- oder sonstige Schutzrechte Dritter sind zu beachten. Der Kunde stellt den Anbieter von allen Ansprüchen aus der Verletzung von Schutzrechten Dritter frei.
- (3) Verstößt der Kunde gegen die unter § 4 Absatz (2) genannten Pflichten, ist der Anbieter im Fall eines Verstoßes gegen § 4 Absatz (2) a) und b) sofort und in den übrigen Fällen nach erfolgloser Abmahnung berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
- (4) Der Anbieter ist nicht verpflichtet, die Internet-Präsenz des Kunden auf eventuelle Rechtsverstöße hin zu überprüfen. Nach dem Erkennen von Rechtsverstößen oder von unzulässigen Inhalten ist der Anbieter berechtigt, die entsprechenden Internet-Seiten vom Server zu nehmen, zu sperren oder zu löschen. Der Anbieter wird den Kunden umgehend über eine solche Maßnahme unterrichten. In diesem Fall stehen dem Kunden keine Schadensersatzansprüche zu. Der Anbieter behält den vollen Anspruch auf die Gegenleistung.

§ 5 Kündigung

- (1) Die beiderseitige ordentliche Kündigung richtet sich nach den im Vertrag vereinbarten Konditionen.
- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt für beide Parteien unberührt. Der Anbieter ist insbesondere zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund in den in § 4 Absatz (1) bis (3) und § 6 Absatz (4) beschriebenen Fällen berechtigt. Im Falle der fristlosen Kündigung ist der Anbieter berechtigt, den Server des Kunden, auch des Kunden des Wiederverkäufers, sofort zu sperren und nach vorheriger Androhung die Domain des Kunden an die entsprechende NIC-Organisation zurückzugeben.
- (3) Soweit vom Anbieter vertragsbedingte Vorleistungen (z.B. vorab zu entrichtende Jahresgebühren an die Domain-Registrierungsbehörden) erbracht wurden, kann der Anbieter im Falle einer Kündigung durch den Kunden entsprechenden Aufwändungsersatz verlangen. Bei einer ordentlichen Kündigung des Anbieters entfällt der Aufwändungsersatzanspruch.
- (4) Der Kunde bleibt auch nach dem Ende der Vertragsbeziehungen Inhaber aller beantragten und durch die verantwortliche NIC-Organisation zugeteilten Domain-Namen. Er trägt alle weiteren Kosten im Zusammenhang mit dem zugeteilten Domain-Namen.

§ 6 Vergütung, Zahlungsbedingungen

- (1) Es gilt die zwischen den Vertragsparteien im Vertrag oder durch schriftliche Zusatzvereinbarungen festgelegte Vergütung.
- (2) Der Anbieter ist nach Ablauf der Mindestvertragslaufzeit berechtigt, die Preise zu verändern. Die Änderung wird wirksam, wenn dem Anbieter innerhalb von 6 Wochen nach Zugang der entsprechenden Änderungsmitteilung beim Kunden kein Widerspruch des Kunden zugeht. Der Anbieter wird den Kunden mit der Änderungsmitteilung auf die Widerspruchsfrist und die Folgen eines unterlassenen Widerspruchs hinweisen.
- (3) Der Kunde ist verpflichtet, die Vergütung innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungserhalt zu bezahlen.
- (4) Sollte der Kunde mit mindestens zwei Monatsraten im Rückstand sein, ist der Anbieter berechtigt, den Server des Kunden, auch des Kunden des Wiederverkäufers, sofort zu sperren und nach vorheriger Androhung die Domain des Kunden an die entsprechende NIC-Organisation zurückzugeben.
- (5) Im Fall des Zahlungsverzuges des Kunden ist der Anbieter vorbehaltlich der Geltendmachung eines weitergehenden Schadens berechtigt, Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe zu berechnen.
- (6) Sollte nach erfolgloser Zahlungserinnerung keine Zahlung durch den Kunden erfolgt sein, ist der Anbieter berechtigt, für jede Mahnung eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von € 5,- zu berechnen.
- (7) Der Kunde hat dem Anbieter unverzüglich mitzuteilen, wenn ein Insolvenzverfahren über sein Vermögen beantragt oder eröffnet wird oder er seine Zahlungen einstellt.

§ 7 Domainregistrierung, Domainstreitigkeiten

- (1) Bei der Beschaffung und Pflege von Internet-Domains wird der Anbieter im Verhältnis zwischen dem Kunden und der DENIC oder einer anderen Organisation zur Domainvergabe lediglich als Vermittler tätig. Der Anbieter hat auf die Domainvergabe keinen Einfluss. Er übernimmt daher keine Gewähr dafür, dass die Recherche nach freien Domains richtig ist.
- (2) Der Kunde garantiert, dass die von ihm beantragte Domain keine Rechte Dritter verletzt. Von Ersatzansprüchen Dritter sowie allen Aufwendungen, die auf der unzulässigen Verwendung einer Internet-Domain durch den oder mit Billigung des Kunden beruhen, stellt der Kunde den Anbieter, ICANN, NSI, DENIC sowie sonstige für die Registrierung eingeschalteten Personen frei.

§ 8 Datenschutz

- (1) Dem Kunden ist bekannt, dass die von ihm - unter Nutzung der Leistungen des Anbieters - im Internet verbreiteten Informationen Dritten zugänglich sind.
- (2) Der Anbieter weist den Kunden ausdrücklich darauf hin, dass der Datenschutz bei der Datenübertragung in offenen Netzen wie dem Internet nach dem derzeitigen Stand der Technik nicht umfassend gewährleistet werden kann. Der Kunde ist sich bewusst, dass der Anbieter als Provider das auf dem Webserver gespeicherte Seitenangebot und unter Umständen auch weitere dort abgelegte Daten des Kunden jederzeit einsehen kann. Auch andere Teilnehmer am Internet sind unter Umständen technisch in der Lage, unbefugt in die Netzsicherheit einzugreifen und den Nachrichtenserver zu kontrollieren. Für die Sicherheit der von ihm ins Internet übermittelten und auf Web-Servern gespeicherten Daten trägt der Kunde vollumfänglich selbst Sorge.
- (3) Vom Kunden an den Anbieter übermittelte Daten wird der Anbieter vertraulich behandeln und nicht an Dritte weitergeben. Es wird insoweit zugesichert, Maßnahmen des Datenschutzes nach dem jeweiligen Stand der Technik zu ergreifen.

- (4) Der Anbieter ist berechtigt, die ihm aus der Geschäftsbeziehung mit dem Kunden zugänglich gewordenen personenbezogenen Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes für eigene geschäftliche Zwecke zu verwenden, insbesondere zu speichern, zu übermitteln oder zu verarbeiten. Der Anbieter wird dem Kunden auf Anforderung über den gespeicherten Datenbestand, soweit er ihn betrifft, vollständig und unentgeltlich Auskunft erteilen.

§ 9 Aufrechnung, Leistungsverzögerung

- (1) Gegen Ansprüche des Anbieters kann der Kunde nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen aufrechnen. Dem Kunden, soweit er Kaufmann ist, steht die Geltendmachung eines Zurückbehaltungsrechts nur wegen einander gegenüberstehender Ansprüche aus demselben Vertragsverhältnis zu.
- (2) Zeitweilige Störungen der angebotenen Leistungen des Anbieters oder seiner Lieferanten oder Unterauftragnehmer, insbesondere aus Gründen höherer Gewalt, einschließlich Streik, Aussperrung und behördlicher Anordnung, dem Ausfall von Kommunikationsnetzen und Gateways anderer Betreiber, Störungen im Bereich der Monopoldienste der Deutschen Post AG, Deutschen Telekom AG hat der Anbieter nicht zu vertreten.

§ 10 Haftung

- (1) Für Schäden haftet der Anbieter nur dann, wenn er eine wesentliche Vertragspflicht in einer den Vertragszweck gefährdenden Weise verletzt hat oder der Schaden auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz zurückzuführen ist. Bei Verletzung von Leben, Körper oder der Gesundheit gilt die Haftung auch für vorsätzliche oder fahrlässige Pflichtverletzung. Sofern nicht Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit oder eine Verletzung von Leben, Körper oder der Gesundheit vorliegt, ist die Haftung auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, typischen Schaden begrenzt. Im übrigen ist jede Haftung ausgeschlossen, gleich aus welchem Rechtsgrund. Insbesondere gilt der Ausschluss auch für Datenverluste, entgangenen Gewinn, sonstige Vermögensschäden, Mangelfolgeschäden und mittelbare Mangelfolgeschäden. Weitergehend ist im Verkehr zwischen Unternehmern auch bei grober Fahrlässigkeit die Haftung auf den in typischer Weise bei den Geschäften der vorliegenden Art entstehenden Schaden begrenzt.
- (2) Ansprüche des Kunden auf Schadensersatz verjähren spätestens in einem Jahr ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Dieses gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die aus einer vorsätzlichen Handlung, grob fahrlässigem Verhalten oder bei Verletzung von Leben, Körper oder der Gesundheit oder durch arglistige Täuschung des Kunden durch den Anbieter begründet werden.
- (3) Absätze (1) und (2) gelten entsprechend für Erfüllungsgehilfen oder gesetzliche Vertreter des Anbieters.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Erfüllungsort für diesen Vertrag ist der jeweilige Sitz des Anbieters, derzeit 55128 Mainz, Deutschland.
- (2) Ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten zwischen Anbieter und Kunde ist, soweit der Kunde Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich rechtliches Sondervermögen ist, Bremen. Das gilt bei anderen als den in Satz 1 genannten Personen auch für den Fall, dass der Kunde keinen allgemeinen Gerichtsstand im Geltungsbereich der ZPO hat oder sein Wohnsitz bzw. der gewöhnliche Aufenthalt nicht bekannt ist.
- (3) Das Rechtsverhältnis der Vertragspartner unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn der Kunde seinen Firmensitz im Ausland hat.
- (4) Die Parteien verpflichten sich bereits jetzt, sich für den Fall der Unvollständigkeit einzelner Bestimmungen auf eine diese ersetzende vollständige Bestimmung zu einigen, die dem wirtschaftlichen Zweck und dem Sinn der unvollständigen Bestimmung möglichst nahe kommt.